

Text

2933 **Frieden und internationale Ordnung**

2934 (313) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur
2935 global lösen.

2936 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler
2937 Kooperation.

2938 (314) Eine an Frieden, Solidarität und globaler Gerechtigkeit orientierte
2939 Politik braucht
2940 Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts
2941 in den
2942 internationalen Beziehungen glauben. Multilaterale Zusammenarbeit in den
2943 internationalen
2944 Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

2945 (315) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung
2946 globaler
2947 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte der oder des
2948 Einzelnen schützt,
2949 Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit löst.

2950 (316) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte
2951 Nationen mit dem
2952 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das legitime Forum, um
2953 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele
2954 zu
2955 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

2956 (317) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische
2957 Union als
2958 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt im Rahmen der Vereinten
2959 Nationen
2960 bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser
2961 Verantwortung kann
2962 die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und
2963 gemeinsam handelt.
2964 Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige
2965 Vertiefung und
2966 Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen
2967 Republik.

2968 **Europäische Union**

2969 (318) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische
2970 Souveränität
2971 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union

2972 auf eine
2973 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das
2974 Projekt EU immer
2975 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren unabgesprochen und oft auch
2976 unsolidarisch.
2977 Gerade in Krisen aber lernen wir, dass Europa als Gemeinschaft stärker ist.
2978 Gerade in Krisen
2979 wird klar, dass die Europäische Union mehr ist als ihr Binnenmarkt und dass sie
2980 als
2981 politisches Projekt weiterentwickelt werden muss.

2982 (319) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der
2983 Europäischen
2984 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung,
2985 die
2986 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

2987 (320) Freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit sind Meilensteine der
2988 europäischen
2989 Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

2990 (321) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames
2991 strategisches
2992 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.
2993 Indem die EU
2994 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen
2995 und den
2996 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an
2997 Menschenrechten und
2998 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

2999 (322) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt ist die EU wirtschaftlich gesehen ein
3000 Riese. Es
3001 ist unsere Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und
3002 Gemeinwohl
3003 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert,
3004 statt sie zu
3005 verstärken. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll
3006 davon einen
3007 Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

3008 (323) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche
3009 Brille
3010 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen
3011 paneuropäischen Diskurs durch eine europäische Öffentlichkeit. Dafür sind
3012 nichtkommerzielle
3013 und europäisch geförderte Kommunikations- und Begegnungsräume für alle
3014 Europäer*innen
3015 notwendig – digital, über die klassischen Medien und im direkten Austausch
3016 miteinander.

3017 (324) Die Europäische Union wächst mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht
3018 alle
3019 europäischen Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Doch die europäische

3020 Einigung
3021 und die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für
3022 kollektives
3023 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte
3024 eher gehen als
3025 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer
3026 sicherzustellen, dass das
3027 europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird und alle Mitgliedstaaten
3028 sich jederzeit
3029 anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien
3030 auch gegen die
3031 nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische
3032 Einigungswerk
3033 fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

3034 (325) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte
3035 und daraus
3036 abgeleiteter Interessen die Regeln des internationalen Umfelds mitgestalten.
3037 Eine geeinte
3038 Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt behaupten und
3039 demokratische
3040 Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und
3041 die globalen
3042 Nachhaltigkeitsziele.

3043 (326) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik
3044 entscheidend
3045 mitzugestalten. Dabei gilt es, eine gemeinsame außenpolitische Strategie
3046 gegenüber
3047 nationalen Einzelinteressen der Mitgliedstaaten zu fördern. Das Prinzip der
3048 Einstimmigkeit
3049 soll durch Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich ersetzt werden, um die
3050 gemeinsame
3051 Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so
3052 handlungsfähiger zu
3053 werden.

3054 (327) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen
3055 Verpflichtungen im
3056 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der
3057 politischen
3058 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen
3059 und
3060 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern
3061 mitzugestalten.
3062 Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen vor Europas
3063 Haustür
3064 tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU wie
3065 auch die
3066 Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten stärken
3067 Demokratisierung,
3068 Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche Entwicklung. Sie sollen
3069 ausgebaut

3070 werden. Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind
3071 im
3072 Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Säulen einer
3073 multilateralen
3074 Weltordnung.

3075 Bündnispolitik

3076 (328) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der
3077 internationalen
3078 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von
3079 Deutschland und
3080 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu
3081 verstärken und
3082 die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und
3083 europäische
3084 Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform durch Stärkung. Das
3085 ist gerade
3086 wichtig in Zeiten, in denen nationale Egoismen zunehmen und wichtige
3087 Entscheidungen
3088 blockiert werden.

3089 (329) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die
3090 Realitäten
3091 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und
3092 finanzielle
3093 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der
3094 Regionen und
3095 Beitragsleister im Sicherheitsrat.

3096 (330) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN
3097 und als
3098 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre
3099 Aufgabe
3100 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat
3101 ausführen. Dafür
3102 sind deutlich höhere zweckgebundene Beiträge an die WHO notwendig.

3103 (331) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft
3104 blockiert
3105 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der
3106 internationalen
3107 Ordnung Vorreiter.

3108 (332) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen
3109 informelle Formate
3110 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die
3111 nicht an ihnen
3112 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die
3113 internationale
3114 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen.
3115 Sie müssen

3116 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den
3117 Sozial- und
3118 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

3119 (333) Neben der staatlichen Zusammenarbeit unterstützen wir Bündnisse mit und
3120 zwischen
3121 Städten und Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften.
3122 Nichtstaatliche
3123 Akteure gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und
3124 multilateraler Ebene
3125 einbezogen und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der
3126 globalen
3127 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue
3128 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung
3129 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales
3130 Vorgehen gibt, kann
3131 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und
3132 Migrationspolitik
3133 vorangegangen werden.

3134 (334) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler
3135 Wirtschaftskreisläufe
3136 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler und
3137 regionaler
3138 Ebene.

3139 (335) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist
3140 für viele
3141 Menschen wesentlich. Statt immer öfter in regionale Nationalismen,
3142 Unabhängigkeitsbestrebungen oder gewaltsame Konflikte zu verfallen, brauchen wir
3143 eine
3144 Politik für nationale Minderheiten, die Beteiligungsrechte und kulturelle
3145 Partizipation
3146 sichert.

3147 Globale Sicherheit

3148 (336) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt
3149 Sicherheit nicht von
3150 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile
3151 Krisenprävention,
3152 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine gewaltfreie
3153 Regelung von
3154 Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung
3155 und die
3156 Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer nachhaltigen
3157 Sicherheitspolitik.

3158 (337) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn
3159 beides schon
3160 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der

3161 Vorsorge

3162 viel Leid verhindern.

3163 (338) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden.

3164 Dazu bedarf

3165 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung und
3166 eines

3167 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Medizin, Praxis und

3168 Politik. Zivile

3169 Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem
3170 Einsatz

3171 militärischer Gewalt. Wo sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf
3172 an,

3173 präventiv zu handeln.

3174 (339) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.

3175 VN-geführte

3176 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und
3177 als solche

3178 trotz aller Defizite zu stärken.

3179 (340) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und
3180 das breite

3181 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile

3182 Krisenprävention,

3183 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige

3184 Kultur- und

3185 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeixperten,

3186 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die

3187 Stärken der

3188 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss institutionell, personell

3189 und

3190 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

3191 (341) Maßgabe einer starken Außenpolitik und Grundlage für Sicherheit ist die

3192 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der internationalen

3193 Politik. Es

3194 gilt, in jedweder Art diplomatischer Verhandlungen oder bei der Zusammensetzung
3195 sicherheits-

3196 und außenpolitischer Gremien im Sinne einer feministischen Außenpolitik Frauen

3197 gleichberechtigt zu beteiligen. Frauen sind in besonderem Maße von Kriegen und

3198 gewaltsamen

3199 Konflikten betroffen. Für den Frieden einzustehen heißt also auch, für den

3200 Schutz der

3201 Menschenrechte von Frauen Sorge zu tragen. Frauen spielen eine wichtige Rolle in

3202 Versöhnungs- und Friedensprozessen. Ihr Ausschluss ist nicht nur eine

3203 frauenspezifische

3204 Diskriminierung, die über den Friedensschluss hinauswirkt, sondern er verhindert

3205 stabilen

3206 Frieden.

3207 (342) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher

3208 ein

zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
Dafür ist
ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima-
und
Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den
Folgen der
Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und
Überschwemmungen
betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

(343) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und
bleiben
wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle
bringen am Ende
global mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung
und zum
Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen
Massenvernichtungswaffen.
Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch
ist nichts
Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

(344) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,
menschenrechtsverachtende Regime
und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive
europäische
Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-
Leitlinien für
Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische
Rüstungsexportkriterien verstoßen, haben in Zukunft mit Sanktionen zu rechnen.

(345) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung durch den Menschen
bei Auswahl
und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung
dar. Es ist von
entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden, autonome Waffentechnologien
international zu
ächteten und zu verbieten. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern,
brauchen wir
hohe Sicherheitsstandards und einen internationalen Verhaltenskodex.

(346) Europa muss sich gegen Angriffe auf seine kritische Infrastruktur
schützen. Um
Angriffe über und auf das Internet zu verhindern, braucht es mehr eigene
Anstrengung zur
Sicherung der Infrastruktur und ein internationales Vertragswerk.

(347) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit
sich. Wir
wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid
führen kann.
Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte
VN-Konzept der

3257 Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als
3258 internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten
3259 Menschenrechtsverletzungen
3260 und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

3261 (348) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte
3262 Parlamentsarmee.
3263 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat*innen
3264 sowie die
3265 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten.
3266 Der Auftrag
3267 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen
3268 für
3269 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner
3270 verlassen
3271 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen.
3272 Direkte
3273 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der
3274 NATO.

3275 (349) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in
3276 Uniform“ binden
3277 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.
3278 Eine
3279 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Diversität
3280 der
3281 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher
3282 sozialer
3283 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von
3284 Frauen, die in der
3285 Bundeswehr beschäftigt sind. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen
3286 der deutschen
3287 Geschichte darf für Rechtsextremismus in der Bundeswehr kein Platz gelassen
3288 werden.

3289 (350) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel.
3290 Bewaffnete
3291 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger
3292 kollektiver
3293 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz
3294 und dem
3295 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo
3296 staatliche
3297 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das
3298 Vetorecht im
3299 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die
3300 Menschlichkeit zu decken,
3301 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso
3302 Menschenrechte und
3303 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

3304 (351) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss Europa seiner
3305 Verantwortung für die

3306 eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame europäische
3307 Sicherheits-
3308 und Verteidigungspolitik setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus.
3309 Wir wollen
3310 an einer Sicherheitsunion arbeiten, die parlamentarisch kontrolliert ist.
3311 Anstatt immer mehr
3312 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die
3313 verstärkte
3314 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten
3315 sollten
3316 gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von
3317 EU-Einheiten
3318 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

3319 (352) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch,
3320 vorausschauend, umfassend
3321 und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame
3322 Analysefähigkeit sowie eine
3323 Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer
3324 mehr
3325 Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden
3326 können.

3327 (353) Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender
3328 Bestandteil
3329 der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen.
3330 Sie leidet
3331 unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und
3332 einer
3333 unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung.
3334 Mit einer
3335 stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und
3336 mit
3337 Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der
3338 NATO,
3339 geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

3340 (354) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in
3341 der EU. Wir
3342 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des
3343 OSZE-Raums. Die
3344 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in
3345 ganz Europa
3346 voranzubringen.

3347 Globale Strukturpolitik

3348 (355) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche
3349 der Politik,
3350 egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch
3351 die
3352 Innenpolitik der einzelnen Staaten. Für eine gerechte Globalisierung braucht es

3353 deshalb eine
3354 globale Strukturpolitik, die sich von einer „Politik nach außen“ löst und einen
3355 abgestimmten
3356 Ansatz verfolgt. Es ist an der Zeit, das Regieren und die Regierungsstrukturen
3357 ins 21.
3358 Jahrhundert zu führen. Das heißt auch, den Tunnelblick auf das eigene Ressort zu
3359 beenden und
3360 innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle
3361 politischen
3362 Entscheidungen müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

3363 (356) Menschenrechte, die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17
3364 Zielen für
3365 eine nachhaltige Entwicklung sind der Handlungsrahmen für eine globale
3366 Strukturpolitik. So
3367 wurden in der Vergangenheit unter anderem bereits große Erfolge bei der
3368 Bekämpfung von Armut
3369 und Hunger sowie dem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erreicht. Mit
3370 unseren
3371 Partner*innen gestalten wir zusammen weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im
3372 Einklang mit
3373 Krisenfestigkeit, sozialer Gerechtigkeit und innerhalb der planetaren Grenzen.
3374 Um die
3375 globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben
3376 möglichst krisenfest
3377 zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

3378 (357) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in
3379 ärmeren Regionen
3380 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen
3381 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen.
3382 Internationale
3383 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem
3384 Partnerschaftsprinzip
3385 bei globalen Herausforderungen.

3386 (358) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden
3387 durch ein
3388 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des
3389 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.
3390 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts-
3391 und
3392 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu
3393 unterlassen.

3394 (359) Es braucht öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört wirksam
3395 ausgeweitet und
3396 verbessert. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die
3397 Förderung der
3398 Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen
3399 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei
3400 der
3401 Anpassung und Bewältigung der Schäden durch die Klimakrise in der Verantwortung.

(360) Als weltweit größter Geber hat die EU ein großes Potential für mehr
Kohärenz und
Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine
europäische
Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten.
Eine gemeinsame
europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen
europäischen
Handelns werden.

(361) Die feministische Perspektive ist auch in der gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik der EU sowie in der internationalen Handelspolitik zu
verankern und
anzuwenden. Jede Planung und Durchführung von Projekten, etwa der
Entwicklungszusammenarbeit, ist darauf auszurichten, Geschlechtergerechtigkeit
zu fördern
und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen
Ressourcen zu
verwirklichen.

(362) Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale
Ungleichheit
zu bekämpfen. Sie fördert Transparenz, liefert wichtige Fakten und Impulse und
bereichert
öffentliche Debatten. Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive
Zivilgesellschaft angewiesen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer
kritischen
Zivilgesellschaft global zu verteidigen.

Handel

(363) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe
an Gütern
und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist dabei kein
Selbstzweck, sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen
Entfaltung.
Er soll fair gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur
Umsetzung der UN-
Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
konterkarieren.

(364) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten
WTO soll für
den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche
bilaterale
Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und
demokratisch
zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

(365) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und
Klimaschutz, die
Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von

3448 Arbeitnehmer*innen-
3449 Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit
3450 durchzusetzen.
3451 Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung,
3452 Gesundheit
3453 oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und unterliegen einem öffentlichen
3454 Interesse.
3455 Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.

3456 (366) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit
3457 überlebensnotwendigen
3458 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen
3459 globalen
3460 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt
3461 produziert
3462 werden können.

3463 (367) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe
3464 beachten und
3465 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern,
3466 wie zum
3467 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

3468 (368) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und
3469 in der
3470 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit
3471 öffentlichen
3472 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
3473 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

3474 (369) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu
3475 stärken. Sie
3476 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und
3477 welche sie
3478 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher
3479 ökologischer
3480 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen. Denn formal
3481 gleiche
3482 Rechte bei ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten
3483 Ergebnissen.

3484 (370) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt
3485 müssen frei
3486 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit.
3487 Dafür soll
3488 Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und
3489 ist über
3490 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und gesetzliche
3491 Verpflichtungen,
3492 herzustellen.

3493 Finanzmärkte und Währungsordnung

3494 (371) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts
3495 eine schwere
3496 Wirtschaftskrise ausgelöst und in Schwellenländern immer wieder zu schweren
3497 Verwerfungen
3498 geführt. Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert,
3499 verteuert und
3500 notfalls verboten werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten
3501 Spekulationen soll
3502 künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und
3503 internationale
3504 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.

3505 (372) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite
3506 Entwicklung und
3507 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte
3508 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern, nicht nur den wohlhabenden, eine
3509 langfristige
3510 und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung
3511 von
3512 kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von
3513 Wechselkursen.

3514 (373) Nur globale öffentliche Institutionen können uns gegen spekulative
3515 Attacken auf
3516 Staaten und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine
3517 weltweite
3518 Kooperation der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des IWF.
3519 So soll
3520 Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein stabiler Rahmen gesetzt
3521 und Krisen
3522 sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank steht schon jetzt in
3523 der
3524 Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am wenigsten
3525 entwickelte
3526 Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und abzusichern.
3527 So hilft
3528 europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern zu
3529 vermeiden und deren
3530 Entwicklung zu fördern.

3531 (374) Überschuldung schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst
3532 auch die
3533 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung,
3534 Bildung und
3535 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss
3536 regelbasierte
3537 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch
3538 Schuldenerlasse,
3539 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

3540 (375) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der
3541 Euro soll
3542 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame
3543 Fiskalpolitik
3544 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen,
3545 abgesichert mit
3546 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene
3547 europäische
3548 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

3549 Migration und Flucht

3550 (376) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für
3551 Entwicklung und
3552 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Innovation. Der Globale Pakt für
3553 Migration stärkt
3554 und sichert die Rechte und die Freiheit von Menschen, die in anderen Ländern
3555 leben, arbeiten
3556 oder zur Schule gehen. Er ist Grundlage für die internationale Verständigung zum
3557 rechtsbasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt
3558 werden. Seine
3559 Prinzipien müssen national verbindlich umgesetzt werden.

3560 (377) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein
3561 Einwanderungsland. Deshalb
3562 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien für legale Einwanderung.
3563 Das
3564 schließt mit ein, dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem
3565 Herkunftsland und
3566 dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen schnell
3567 den Zugang
3568 zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes
3569 Staatsbürgerschaftsrecht.

3570 (378) Flucht ist, wenn Menschen aufgrund von politischer Verfolgung, Folter,
3571 massiven
3572 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.
3573 Das
3574 international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen, beruht
3575 auf den
3576 Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich
3577 verbindlichen Regeln,
3578 insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Das
3579 individuelle
3580 Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik
3581 und muss
3582 unangetastet bleiben.

3583 (379) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch
3584 klimabedingte
3585 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss
3586 sein, durch

3587 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen
3588 ihre Heimat
3589 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre
3590 Heimat
3591 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in
3592 eine
3593 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen
3594 Schutzstatus.

3595 (380) Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schweben, fortdauernde Unsicherheit
3596 und
3597 Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss wieder zur Ausnahme
3598 werden. Menschen,
3599 die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in Kriegs- und
3600 Krisengebiete verbieten sich.

3601 (381) Ordnung braucht Humanität. Humanität braucht Ordnung. Rechtsstaatliche und
3602 geordnete
3603 Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der menschenrechtlichen Verantwortung der
3604 EU. Der
3605 sichere und geordnete Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu
3606 fairen, nach
3607 völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa ist zu
3608 gewährleisten.
3609 Dafür braucht es kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung
3610 –
3611 perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie schnelle,
3612 rechtsstaatliche
3613 Verfahren und ein einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung
3614 innerhalb der
3615 EU fair verteilt.

3616 (382) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
3617 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit
3618 Nachbarstaaten und
3619 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Besonderen Schutz brauchen vulnerable
3620 Gruppen wie zum
3621 Beispiel LGBTIQ, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen.

3622 (383) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht
3623 die Menschen
3624 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar-
3625 oder
3626 Rüstungsexportpolitik müssen konsequent auf ihre soziale und wirtschaftliche
3627 Wirkungen in
3628 Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den
3629 Nachhaltigkeitszielen
3630 der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.